

XXI. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 22. Beiratssitzung am 27.05.2025
Sitzungsraum des Orsamttes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:25 Uhr

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

SPD: Maren Wolter, Lizza Besecke, Niels Heide, Bianca Lönnecker, Alessandro Bünnagel

CDU: Helga Lürßen, Martin Hornhues, Kerstin Curtius, Isolde Eylers

Bündnis 90 / Die Grünen: Ulrike Schnaubelt, Barbara Punkenburg

Bündnis Deutschland: Jens-Rainer Jurgan

FDP: Julian Serbest

BSW: Rainer Tegtmeier

Parteilos: Oliver Meier

Vorsitzender: Florian Boehlke, Ortsamtsleiter

Protokoll: Melanie Schäfers-Severin vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Devrim Kilic (Immobilien Bremen)

Stefanie Semrau (Senatorin für Kinder und Bildung)

Jacob Hornhues (Kinder- und Jugendbeirat Burglesum)

Farah Matuszczyk (Kinder- und Jugendbeirat Burglesum)

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung.

Herr Boehlke weist darauf hin, dass zur Erstellung des Protokolls Tonbandaufnahmen angefertigt werden.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 16.05.2025 fristgerecht verschickt.

Beschluss zur Tagesordnung: (einstimmig)

Die Tagesordnung wird beschlossen

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 29.04.2025

Frau Schnaubelt hat einen Ergänzungswunsch:

„Unter dem TOP: Neue Grundschule am Heisterbusch bitte nach meiner Aussage, in der ich meine Kritik darlege, folgendes ergänzen:

Vor allen Dingen zweifelt Sie an, dass der angedachte Standortwechsel der Schüler: innen nach Klasse 2 von dem Gelände Heisterbusch auf das Gelände Friedehorst pädagogisch und zum Wohle der Kinder und Klassenlehrer: innen sinnvoll sei.“

Beschluss: (einstimmig)

Das Protokoll wird genehmigt.

**TOP 2: Anträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in
Stadtteilangelegenheiten von Bürger: innen**

Keine

**TOP 3: Sachstand zum weiteren Verfahren zur Nachnutzung des früheren
Ortsamtsgebäudes**

Herr Boehlke begrüßt **Frau Devrim Kilic** von Immobilien Bremen.

Er erläutert, dass man im März erfahren habe, dass sich die Investoren Procon und ELB Real Estate von dem Projekt zurückgezogen haben. Auch der zweitplatzierte des damaligen Wettbewerbs wurde formal von Immobilien Bremen kontaktiert und habe ebenfalls kein Interesse mehr an der Immobilie. Nach wie vor ist das vordere Gebäude für den Ortskern ortsteilprägend, daher habe man natürlich ein großes Interesse daran, wie mit der Immobilie weiter verfahren werde.

Frau Kilic erklärt anhand einer Präsentation den aktuellen Sachstand zum weiteren Verfahren. Es soll geprüft werden, ob die Polizei und das Ortsamt in das Gebäude Hindenburgstraße 61 untergebracht werden können.

Herr Boehlke bedankt sich bei **Frau Kilinc** und eröffnet die Gesprächsrunde:

Zunächst ergreift **Herr Boehlke** selbst das Wort. Grundsätzlich finde er es gut, dass die Nutzung des alten Ortsamtsgebäudes (Hindenburgstr. 61) erneut geprüft werde. Da auch die Polizei einen neuen Standort für die KOP's sucht, dürfe dabei aber nicht vergessen werden, auch eine Nachnutzungsidee für das Polizeigebäude (Hindenburgstr. 32) zu entwickeln.

Herr Hornhues bedankt sich zunächst für den Vortrag. Allerdings ist er sehr enttäuscht von den Aussagen. Schon vor einigen Jahren wurde eine Bedarfsabfrage gemacht, der Beirat und die Bevölkerung habe sich stark für eine Nachnutzung eingesetzt. Er möchte wissen, ob es die Möglichkeit gebe, in dem alten Ortsamtsgebäude einen Sitzungssaal inkl. Publikum, mit entsprechender Technik einzurichten?

Sollte es tatsächlich funktionieren, das Ortsamt und die Polizei in dem Gebäude unter zu bringen, erwarte er, dass es sich nicht wieder Jahre lang hinzieht. Weiter erwarte er eine schriftliche Aussage von Immobilien Bremen, bei welchen Ressorts eine Bedarfsabfrage für das Polizeigebäude gemacht wurde.

Frau Kilinc antwortet darauf, dass Sie seit zwei Jahren bei Immobilien Bremen tätig ist, somit könne Sie zu der Historie keine Aussage machen. Wie schnell es jetzt mit dem Projekt weiter

gehe, könne Sie auch nicht beurteilen. Das komme immer darauf an, inwieweit die Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen.

Herr Boehlke bittet um Sachlichkeit und von emotionalen Kommentaren abzusehen. Man wisse, wie problematisch solche Themen mit Immobilien Bremen seien. Dennoch müssen solche Projekte finanziell gestemmt werden. Zu einer Wirtschaftlichkeitsprüfung wird sicherlich auch gehören, dass geprüft werde, ob es wirtschaftlich sei, die Polizei in dem Gebäude Hindenburgstraße 32 zu belassen und das Gebäude Hindenburgstraße 61 eventuell „abzustößen“. Auch wenn man nicht einer Meinung ist, sollte man sich den Beitrag zumindest anhören.

Frau Wolter fragt nach dem Anbau des alten Ortsamtsgebäudes. Ist der in die Planung mit einbezogen worden?

Sie gibt zu bedenken, dass man jetzt vor der Situation stehe, zwei ortsteilprägende Gebäude zu haben und man das als Ganzes betrachten müsse. Ihr wäre wichtig, sich nicht nur auf das alte Ortsamtsgebäude zu fokussieren, sondern auch zu überlegen, was aus dem Polizeigebäude werden solle.

Frau Kilinc erwidert, dass es nur eine grobe Prüfung gegeben habe, keine Detailprüfung. Die Wirtschaftlichkeit müsse zunächst überprüft werden.

Frau Schnaubelt ist entschieden dagegen, dass die beiden ortsteilprägenden Gebäude in einen Topf geworfen werden. Man habe den Bürgern und Bürgerinnen gegenüber eine gewisse Pflicht. Die haben sich so viel eingebracht und Ideen entwickelt, da könne man jetzt nicht sagen, dass eine Gebäude werde abgerissen und dafür sanieren wir das andere Gebäude. Die grobe Prüfung wurde schon vor ca. 7 Jahren gemacht, was hat die erneute grobe Prüfung gebracht? Es werde immer so viel geplant und im Endeffekt komme nichts dabei raus. Sie würde auch gerne die bisherigen Planungskosten erfahren.

Herr Tegtmeyer fragt nach den Planungskosten von 2020. Liegt diese Summe vor?

Frau Kilinc antwortet darauf, dass es aus ihrer Sicht nicht vergleichbar wäre. 2020 wurde eine grobe Kalkulation erstellt, um dem Werteverfall des Gebäudes vorzubeugen, keine Nutzerspezifische Kalkulation. Seitdem gab es erhebliche Preissteigerungen.

Ein Bürger aus dem Publikum fragt nach der Möglichkeit ein Co-Workingspace in den Gebäuden einzurichten.

Frau Eylers fragt nach der Ausschreibung Ende letzten Jahres von Immobilien Bremen im Weser-Kurier. Es wurden Büroflächen gesucht. Wofür wurde diese Ausschreibung gemacht?

Herr Boehlke antwortet darauf, dass überprüft wurde, ob der Markt zentral im Stadtteil eine Alternative für das Tagesrevier der Polizei hergebe.

Herr Hornhues erwarte in kürzester Zeit von Immobilien Bremen, eine Auskunft darüber, ob ein Sitzungssaal in dem alten Ortsamtsgebäude realisierbar wäre.

Er stört sich daran, dass angeblich kein Ressort die Gebäude übernehmen möchte. Der Beirat habe schon mal gefordert, der Senat möge jemanden festlegen. Sollte das in Bremen nicht

möglich sein, stellt Herr Hornhues eine Führungsfähigkeit des Senats in Frage, oder man wolle es politisch nicht und damit ein Gebäude dem Verfall preiszugeben.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt den Bericht ernüchtert zur Kenntnis und erwartet ein zügiges Verfahren zur Klärung der Nachnutzung.

Einer möglichen Nutzung durch das Ortsamt mit Büroräumen und einem Sitzungsraum sowie der Polizei steht er im Grundsatz offen gegenüber. Solch eine Prüfung muss aber zwingend unter Einbeziehung des Objektes Hindenburgstraße 32 (Polizei-Gebäude) erfolgen. Der Beirat präferiert für das Polizei-Gebäude weiterhin die öffentliche Nutzung, mit einem erkennbaren Mehrwert für das Stadtteilzentrum.

Weiter erwartet der Beirat einen Zwischenbericht im 3. Quartal 2025 und verweist in dem Zusammenhang auf die bisherige Beschlusslage des Beirates zu diesem Themenkomplex.

Herr Boehlke bedankt sich bei **Frau Kilinc**.

TOP 4: Kita-Versorgung im Stadtteil (Ausbauplanung, Personalsituation sowie die Anzahl der zur Verfügung stehenden Gruppen)

Herr Boehlke begrüßt **Frau Stefanie Semrau** von der Senatorin für Kinder und Bildung.

Frau Semrau stellt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1) die Tagesbetreuungsangebote für Kinder im Stadtteil Burglesum vor.

Herr Hornhues bedankt sich bei Frau Semrau. Die Vorgaben für die Infrastruktur werden eingehalten. Die Rückmeldung der Träger, man habe auch die erforderlichen Erzieher:innen.

Frau Wolter freut sich, dass nun eine Trendwende geschaffen wurde. Dass also Kinder versorgt werden können, wenn es nötig ist. Sie hofft, dass der Betreuungsschlüssel davon profitieren werde und die Randzeiten dadurch etwas ausgeweitet werden können um auch die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Sie würde noch interessieren, was die Ursache für die Nachfrageentwicklung sei.

Frau Lürßen fragt, wenn im Stadtteil Kita-Plätze frei sind, könnte man die in Hortbetreuungsplätze umwandeln?

Frau Semrau erwidert darauf, der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder werde im nächsten Jahr eingeführt. Aktuell ist eine Ausweitung der Hortplätze nicht geplant, dafür werden auch die aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes benötigt. Kita-Plätze in Hort-Plätze umzuwandeln sei nicht ganz so einfach, da man nicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse eingehen könne.

Herr Heide fragt nach den Versorgungsquoten, was bedeutet das für den Stadtteil, wenn Kitas nicht genug Anmeldungen haben? Wie wird darauf reagiert?

Frau Semrau erklärt, es würde zunächst eine strukturelle Planung geben, wo geschaut werde, ob es irgendwo noch eine Innenraumverdichtung gebe, also ob es Kitas gebe, die den

Flächenstandard noch nicht erfüllen. Natürlich sind es auch politische Entscheidungen, die dafür anstehen, wovon man abhängig ist.

Frau Schnaubelt fragt nach der Grundlage für die Daten, kommen die vom Einwohnermeldeamt? Wie ist die Finanzierung gesichert?

Frau Semrau erwidert, das die Grundlage auf den Zahlen des Statistischen Landesamtes basieren. Es wurde mal beschlossen, die Daten vom Statistischen Landesamt zu nutzen. Die finanziellen Sorgen haben zurzeit alle Träger, dieses Thema ist bei der Senatorin für Kinder und Bildung in Arbeit.

Herr Boehlke bedankt sich bei **Frau Semrau**.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt den positiven Bericht erfreut zur Kenntnis und bittet um einen aktualisierten Bericht im Herbst 2025, sobald die neue Bevölkerungsprognose vorliegt.

TOP 5: Beschluss des Beirates Burglesum zum Fußverkehrscheck

Herr Heide berichtet kurz von dem Fußverkehrscheck. Der Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus des Beirates Burglesum hat sich von 99 Maßnahmen 10 Maßnahmen rausgesucht, die diskutiert wurden.

Der Ausschuss hat in seiner Sitzung vom 08.05.2025 eine Beschlussempfehlung für den Beirat formuliert.

Es folgen Verständnisfragen von **Herrn Hornhues**, **Frau Eylers**, **Frau Schnaubelt** und **Frau Lürßen**.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, folgende Maßnahmen aus dem Fußverkehrscheck umzusetzen:

- *Brücke Bördestraße/ Oberreihe Installierung VZ „Vorrang Gegenverkehr“ Fahrtrichtung Oberreihe.*
- *Piktogramme Fahrbahn Brücke Bördestraße/ Oberreihe. Es ist zu prüfen, ob der Fahrbahnbelag den Vorgaben der StVO entspricht und in welcher Zuständigkeit die Brücke liegt.*
- *Gehwegnase Am Heidbergstift/ Mühlenacker/ Am Mühlenberg Einmündungsbereich.*

Ebenfalls erwartet der Beirat, dass die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, sich gemeinsam mit dem Amt für Straßen und Verkehr und der Autobahn GmbH verständigt, um die vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem Fußverkehrscheck für den Bereich A270/ Am Heidbergstift umzusetzen.

TOP 6: Beschluss des Beirates Burglesum zur Fortführung der Jugendbeteiligung im Stadtteil

Herr Boehlke begrüßt **Farah Matuszczyk** und **Jacob Hornhues** vom Kinder- und Jugendbeirat Burglesum.

Herr Boehlke erläutert kurz, dass die Amtszeit des jetzigen Kinder- und Jugendbeirates im Juni 2025 ausläuft. Man habe sich darauf geeinigt, ein Jugendforum zu gründen. Der Jugendbeirat hat sich im Laufe der Amtszeit verkleinert. Der Vorteil eines Jugendforums wäre die jederzeitige Aufnahme von Jugendlichen und es trotzdem eine feste Struktur gibt.

Jacob Hornhues ergänzt, er und Farah Matuszczyk seien schon in der zweiten Amtszeit dabei. Dabei habe man festgestellt, dass zum Ende einer Amtszeit die Beteiligungen zurückgehen. Zum einen liege das am Alter und viele gehen zum Studieren in eine andere Stadt. Jacob Hornhues denkt, dass das neue Konzept eines Jugendforums die Sachlage entspannen würde und auch die Arbeitsfähigkeit gewährleistet.

Es folgen Wortbeiträge von **Frau Wolter**, **Herrn Heide**, **Herrn Bünnagel**, **Farah** und **Herrn Hornhues**.

Beschluss: (einstimmig)

In Abstimmung mit dem amtierenden Kinder- und Jugendbeirat Burglesum soll die Jugendbeteiligung im Stadtteil zukünftig durch die Einrichtung eines Jugendforums erfolgen. Das Jugendforum soll im September 2025 gegründet werden. Mit der Gründung wird das Ortsamt beauftragt.

Folgende Bedingungen gelten für das Jugendforum:

- *Die Mindestgröße des Jugendforums beträgt zum Zeitpunkt der Gründung fünf Mitglieder.*
- *Das Jugendforum sollte nicht mehr als 15 Mitglieder haben. Näheres hierzu ist in einer Satzung zu regeln.*
- *Die Altersspanne der Mitglieder liegt zwischen 12 und 19 Jahre.*
- *Die Mitglieder müssen entweder im Stadtteil ihren Wohnsitz oder über den Besuch einer weiterführenden Schule ihren Lebensmittelpunkt im Stadtteil haben.*

Bis zur Gründung des Jugendforums bleiben die Mitglieder des jetzigen Kinder- und Jugendbeirats Burglesum geschäftsführend im Amt.

TOP 7: Stellungnahme des Beirates Burglesum zu den geplanten Änderungen des BeiräteOG

Die Senatskanzlei hat über die anstehenden Änderungen beim Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter hingewiesen. Die Beiräte können hierzu eine Stellungnahme abgeben. Herr Hornhues verliest einen Beschlussvorschlag.

Es folgen Wortbeiträge von **Herrn Heide**, **Frau Wolter**, **Herrn Hornhues** und **Frau Schnaubelt**.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum nimmt die vorgelegten Änderungen zum BeiräteOG, mit Ausnahme der Regelung zu den OKJA-Mitteln, zur Kenntnis und stimmt diesen zu.

Darüber hinaus erwartet der Beirat Burglesum:

- 1. Eine grundsätzliche Überarbeitung des BeiräteOG einschließlich der Mustergeschäftsordnung durch die Bürgerschaft in Zusammenarbeit mit den Beiräten und dem Senat ist endlich ernsthaft in Angriff zu nehmen.*
- 2. Grundsätzliche Themen der Überarbeitung wären z.B. Zuordnung von Mitwirkungsrechten in straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmen und Entscheidungsrechten im straßenrechtlichen Bereich, personelle und materielle Ausstattung von online/ hybriden Sitzungen, Beteiligung bei Baumaßnahmen, erweiterte Informationspflichten der Behörden an die Beiräte VOR Umsetzung von Maßnahmen.*
- 3. Eine Klarstellung zu Struktur und rechtlicher Stellung von Fraktionen aber auch Ausschüssen insbesondere dem Koordinierungs- bzw. Sprecherausschuss oder von Regionalausschüssen sowie die Stellung deren Mitgliedern sowie eines Verfahrens bei Fraktionswechsel.*
- 4. Darüber hinaus erwartet der Beirat Burglesum, dass allen Beiräten ein „Kompendium Beiratsarbeit“ zur Verfügung gestellt und regelmäßig aktualisiert wird, in dem u.a. die einschlägigen Gerichtsurteile oder auch die Beiratsarbeit betreffenden Verwaltungsanordnungen der senatorischen Dienststellen aufgenommen sind.*
- 5. Ebenso erwartet der Beirat, dass nach Streichung aller weiteren Stadtteilbudgets die damit verbundene Zusage der Erhöhung von Stadtteilbudget/ ASV-Budget mit einer inhaltlichen Ausweitung von Vergabemöglichkeiten umgesetzt werden.
(Die Erhöhung im letzten Jahr hatte nichts mit der Streichung aller anderen Budgets zu tun)*

TOP 8: Mitteilungen der Ortsamtsleitung

Herr Boehlke teilt mit, dass alle Eingaben aus der Anwohnerversammlung vom 24.04.2025 zur Verkehrssituation in der Friedensheimer Straße geprüft werden.

Es gibt noch einige Terminankündigungen:

- 05.06.2025: Sitzung des Ausschusses für Kinder und Bildung
- 06.06.2025: Tag der offenen Tür „Wohnen Mühlenacker“ (14:00 bis 17:00 Uhr)
- 10.06.2025: Sitzung des Ausschusses für Bau und Stadtentwicklung
- 11.06.2025: Tag der offenen Tür „Wohnprojekt WaBeQ“ (13:00 bis 15:00 Uhr)
- 15.06.2025: 60 Jahre SG Marßel e.V.
- 21.06.2025: Eröffnung der Burglesumer Kulturtage (15:00 Uhr, Am Lesumhafen)
- 25.06.2025: Quartiersforum Marßel (16:00 Uhr, Grundschule an der Landskronastraße)
- 30.06.2025: Sitzung des Regionalausschusses Bremen-Nord (18:30 Uhr, Stadthaus Vegesack)

TOP 9: Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Wolter berichtet von der Beiräte Konferenz in der es unter anderem um den Sachstand der integrierten Drogenhilfestrategie und um das Baugenehmigungsverfahren mit Beiräte Beteiligung ging.

Frau Wolter hat in der letzten Woche einen Termin mit **Herrn Boehlke** bei der Bremer Stadtreinigung gehabt. Dort wurde über die Abfallwirtschaft gesprochen, z.B. über die Änderungen bei der Biotonne, die Bündelung von Papier, Sperrmülltage in Großwohnanlagen,

Altholzentsorgung und neue Recyclingstation in Osterholz. Außerdem wurde die allgemeine Stadtsauberkeit und das Problem mit den vielen Zuständigkeiten angesprochen. Bei den öffentlichen Toiletten liegt Bremen bundesweit auf dem letzten Platz.

Es ist ein neuer Dienstleister für die Alttextilcontainer gefunden worden. Aktuell sollen Abstimmungsgespräche zwischen den beiden Parteien laufen.

Herr Boehlke ergänzt dazu, dass die Abgabe von Altkleidern ein europaweites Problem ist. Bisher wurden Alttextilien im großen Stil vom Afrikanischen Markt aus Europa aufgekauft. Jetzt bekommt der afrikanische Markt die Alttextilien viel günstiger aus Asien. Der europäische Markt ist deswegen größtenteils zusammengebrochen.

**TOP 10: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder
stadtteilbezogenen Angelegenheiten**

Keine

Herr Boehlke schließt die Sitzung um 21:25 Uhr

gez. Boehlke
Vorsitzende

gez. Wolter
Sprecherin des Beirates

gez. Schäfers-Severin
Protokoll